

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

ÖXIT-PLATTFORM will bei Nationalratswahl antreten:

Bitte umgehend in Ihrem Gemeindeamt unterschreiben!
Für Heimat & Umwelt, Neutralität und direkte Demokratie.

Liebe Mitbürger!

Seit 25 Jahren werden in den meisten Medien und Politiker-Reden die angeblichen „Segnungen“ der EU-Mitgliedschaft gepriesen. Aber auch diese geradezu permanente offene oder versteckte **Propaganda** kann nicht über die vielen Nachteile hinwegtäuschen, die uns die EU in vielen Bereichen gebracht hat. Das liegt aber nicht an einzelnen falschen Maßnahmen, sondern am **Gesamtkonzept** dieses supranationalen Gebildes, das weniger zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten geschaffen wurde, sondern zur zentralistischen Herrschaftsausübung **über** diese. Gemäß Studien werden längst **über 80 % (!)** aller Gesetze der Mitgliedstaaten von „Brüssel“ bestimmt. Uns ist es seit vielen Jahren ein Anliegen, diesen undemokratischen und auch unwürdigen Zustand Österreichs als wehrloser Befehlsempfänger zu beenden.

Im Juni 2015 fand ein von uns organisiertes „**EU-Austritts-Volksbegehren**“ statt, das von **261.056** Bürgern mit Name und Adresse vor den Beamten in den Gemeindeämtern unterzeichnet wurde. Die bestehenden Parlamentsparteien jedoch sind bis heute nicht bereit, eine Volksabstimmung oder zumindest Volksbefragung zum EU-Austritt („ÖXIT“) zu beschließen. Die EU-Gegner, die einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung darstellen, haben noch immer **kei-**

nerlei Vertretung im Parlament, um diesem Ziel auf offizieller Ebene Nachdruck zu verleihen.

Es wäre aber dringend notwendig, solche Kräfte dort hineinzubringen, um Österreich nicht endgültig zur „Kolonie“ werden zu lassen.

Bitte tragen deshalb auch Sie dazu bei, daß die **unabhängige „ÖXIT-Plattform für Heimat & Umwelt, Neutralität und direkte Demokratie“** bei der Nationalratswahl am Stimmzettel stehen und damit gewählt werden kann, unterschreiben Sie die **beiliegende Unterstützungserklärung** in Ihrem Wohnsitz-Gemeindeamt bzw. -Stadtmagistrat und senden diese dann möglichst umgehend an uns ein. Vielen Dank im voraus!

ACHTUNG!
Die Frist dafür ist äußerst kurz, nämlich nur ab 9. Juli bis 31. Juli.

Insbesondere bitten wir alle, die bereits unsere „EU-NEIN“-Kandidatur bei der jüngsten Europawahl unterstützt haben, dies nun für die ÖXIT-Liste ebenfalls zu tun. **Diesmal muß es gelingen!** Das Ziel ist ja das gleiche und da zum Antreten bei der Europawahl 242 der geforderten 2.600 gemeindeamtlich bestätigten Unterstützungs-



*Inge Rauscher,
Spitzenkandidatin der ÖXIT-Plattform,
Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“*

erklärungen gefehlt haben, wird es unbedingt notwendig sein, daß die 2.358 damaligen Unterstützer **auch diesmal wieder Unterschreiben gehen**. Wir können die Bezeichnung „EU-NEIN“ diesmal nicht verwenden, da die Kurzbezeichnung

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

am Stimmzettel bei der Nationalratswahl nur fünf Buchstaben umfassen darf - deshalb die neue Bezeichnung.

Für uns bedeutet diese neuerliche Wahlkandidatur - der Wahltermin ist ja überfallsartig über uns hereingebrochen - so knapp nach der letzten großen Anstrengung eine **Riesen-Herausforderung**. Noch dazu wo aufgrund dessen praktisch keine Vorbereitungszeit möglich war und die Hauptarbeit dafür mitten in der Urlaubszeit, wo man viele gar nicht erreichen kann, geleistet werden muß. Aber es muß allen klar sein, daß die nächste Chance dazu erst in vier oder fünf Jahren kommen wird. Nur wenn die EU-Gegner die **jetzige** Möglichkeit wahrnehmen und sich damit gegenseitig stärken, wird dieses „Lager“ endlich einen größeren öffentlichen Stellenwert als bisher erhalten und auch ernster genommen werden.

Zusatzinformation: Jeder Bürger darf nur für **eine** wahlwerbende Partei eine Unterstützungserklärung abgeben. Dies bedeutet nicht, daß man diese Partei am Wahltag - 29. September - auch wählen muß (Wahlgeheimnis). Wir müssen mindestens 2.600 Unterstützungserklärungen einreichen und brauchen daher auch **viele neue Unterschreiber!**

Weitere Flugblätter mit Unterstützungserklärung zum Weiterverbreiten können bei uns angefordert oder aus

dem Internet heruntergeladen werden:
www.jazumoexit.at

Mitarbeiter bitte melden!

Wir suchen dringend weitere Helfer für die Informationsarbeit in allen Bundesländern sowie für Postversandarbeiten im Raum Wien. Wer bereit wäre, sich als **Mit-Kandidat oder -Kandidatin** zur Verfügung zu stellen, bitte ebenfalls so rasch wie möglich mit uns Kontakt aufnehmen - siehe Impressum. Die Kandidatenlisten für die „Wahlvorschläge“ in allen Bundesländern müssen **bis spätestens 2. August** in den Landeswahlbehörden eingereicht werden.

Natürlich entstehen bei einer bundesweiten Wahlkandidatur auch **beträchtliche Kosten**. Wenn man die Millionenbeträge mitverfolgt, die die bestehenden Parteien aus Steuergeldern oder Konzernspenden für Wahlkämpfe ausgeben, wird einem ohnehin schlecht. Wir bitten Sie aber, uns freiwillig zumindest die nötigsten Ausgaben zu ermöglichen, ansonsten hätten wir keine Chance. Wir sollten zumindest **ein** größeres Inserat in einer Massenzeitung in Auftrag geben können, um die Unterstützungserklärungen diesmal zu schaffen. Wenn mehr Menschen davon erfahren, wird die Chance in jedem Fall größer! Vielen Dank im voraus.

Lage Europas - Ibiza Gate

von Dr. Eva Maria Barki, Rechtsanwältin

Das Erdbeben von Ibiza erfasst nicht nur Österreich, sondern ganz Europa. Wir sind nicht nur um einen Skandal reicher, sondern um die Hoffnung ärmer, dass die immer größer werdenden Probleme und Herausforderungen im Sinne einer friedlichen Zukunft gelöst werden können.

Was das Ziel ist, zeigt deutlich die einhellige Reaktion in Politik und Medien. Während es an – berechtigter – Kritik am zweifellos unentschuldlichen Verhalten der beiden führenden Politiker der Freiheitlichen Partei nicht mangelt, gibt es keinen Aufschrei über den noch größeren Skandal: Nämlich die kriminelle, mit Geheimdienstmethoden präzise vorbereitete und exakt durchgeführte Aktion, mit der in Missachtung von Grundrechten und unter Ausschaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien nicht nur die beiden Politiker bloßgestellt werden (wobei mangels Kenntnis des Gesamtvideos keine objektive Beurteilung über das Zustandekommen der Aussagen möglich ist), sondern eine Regierung gestürzt und eine im Aufwind befind-

liche Partei geschwächt wurde.

Die beiden Politiker haben die Konsequenzen gezogen und sind zurückgetreten. Die Urheber der geheimdienstlichen Aktion sind immer noch unbekannt und wird deren Ausforschung auch nicht wirklich betrieben. Hierzu wäre im Übrigen auch eine Änderung des Strafrechtes notwendig, da sowohl der ausländische Tatort als auch die Zurückziehung auf das Redaktionsgeheimnis die Identifizierung der Täter erschwert.

Es kann daher nur vermutet werden, aus welchen Kreisen die Aktion gestartet wurde, denn dieser Angriff galt nicht nur den beiden Politikern und der Freiheitlichen Partei in Österreich, sondern all jenen, die für ein freies und selbstbestimmtes Europa unter Bewahrung der kulturellen Identität und politischen Souveränität der Nationalstaaten eintreten.

Es ist daher wohl kein Zufall, dass diese Aktion nach einer Vorbereitungszeit von zwei Jahren einige Tage vor den Wahlen zum Europaparlament an die Öffentlichkeit gespielt wurde. Es ist wohl auch kein

Zufall, dass der Sturz ausgerechnet der österreichischen Regierung als Exempel vorgeführt wurde. Hat doch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban Österreich als Vorbild einer gelungenen Koalition für das Europaparlament bezeichnet.

Eine noch deutlichere Sprache sprechen die raschen Reaktionen von Politik und Medien, in welchen unisono alle „rechtsnationalen und rechtspopulistischen“ Parteien verurteilt werden.

Bezeichnend sind nicht nur die Äußerungen der deutschen Bundeskanzlerin, sondern auch die Kommentare der Vertreter der Europäischen Union, insbesondere des Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans, wonach **alle Nationalstaaten bis in den letzten Winkel des Planeten verschwinden** sollen, ebenso jede kulturelle Identität, das Ziel ist eine **weltweite einheitliche Superkultur**. Frans Timmermans sagt auch in einem zeitgleich mit Ibiza-Gate veröffentlichten Artikel in der Süddeutschen Zeitung, dass **das Mittel zur Erreichung dieses**

Ziels die Migration ist.

Die Aussagen von Timmermans offenbaren auch, weshalb „populistische“ Parteien und Politiker, die ihr Volk vertreten und den Willen ihres Volkes beachten, nicht erwünscht sind. Die Stimme des Volkes, die früher noch heilig war (vox populi vox dei) darf nicht gehört werden. Laut Timmermans hat es Volksabstimmungen nur im alten Griechenland gegeben und heute nur in den Kuhdörfern (sic) der Schweiz.

Politische Entscheidungen werden - auch mit weitreichenden und unumkehrbaren Konsequenzen zum Nachteil der Bürger - in Geheimverhandlungen getroffen. Als Beispiel dienen insbesondere die geheim gehaltenen Verhandlungen zum Migrationspakt, TTIP und CETA. Die Öffentlichkeit erhält darüber genauso wenig Informationen wie etwa über die zahlreichen Gespräche von George Soros in Europa, etwa in Brüssel, als er von einem Krieg in Europa sprach oder mit Bundeskanzler Sebastian Kurz im November 2018.

Europa ist in ernster Gefahr. Kriege gegen Völker und Angriffe gegen Politiker werden nicht mehr mit Panzern, nicht mehr mit Waffen geführt, auch nicht mit Attacken durch Autounfall oder Gift, sondern mit nicht einsehbarer Geheimdienstaktionen.

Die Völker und Nationen Europas müssen sich gegen die globalisierte Diktatur und den neuen Totalitarismus in ihren neuen Formen wehren und ihr Schicksal wieder in die Hand nehmen, so wie es 1989 die Völker und Nationen des ehemaligen Ostblocks gegen die kommunistische Diktatur erfolgreich getan haben.

Es ist noch nicht zu spät. Europa muss aufstehen. Der Aufruf von Leipzig 1989 hat wieder Aktualität: „Wir sind das Volk“.

In diesem Sinne wünsche ich den hierzu erforderlichen Mut und sehe trotz allem der Zukunft mit Optimismus entgegen.

24.5.2019

Eva Maria Barki, 1010 Wien

Ergänzung der Redaktion:

Sollen kriminelle Methoden hoffähig werden?

Obiges Schreiben einer parteifreien Juristin wurde zwei Tage vor der Europawahl verfaßt und vor der Sprengung der ÖVP/FPÖ-Koalition durch Sebastian Kurz. Die Regierung Kurz/Strache blieb sachpolitisch vieles schuldig, was vor der Wahl versprochen wurde, und erfüllte vorwiegend die Wünsche der Konzerne, wie in früheren WEGWARTE-Ausgaben im Detail dargelegt. Deshalb gehörten wir zu deren Kritikern. Trotzdem muß die Art, wie diese gesprengt wurde, allen Menschen mit einem normalen Rechtsempfinden sehr zu denken geben. Sie bedeutete nämlich den Bruch eines der wenigen moralischen Tabus, die überhaupt noch existieren, nämlich daß das Privatleben der Menschen nicht in die Öffentlichkeit gehört - auch das von Politikern. Diese sind an ihren Taten zu messen, ihren Entscheidungen und Beschlüssen in Parlament und Regierung und öffentlichen Aussagen. Aber nicht durch versteckte Kameras und Mikrofone bei gleichzeitiger Verabreichung von Alkohol- und womöglich Drogen, deren „Ergebnisse“ Millionen Menschen zugänglich gemacht werden.

Wenn solche bisher ungekannte Methoden Schule machen und als „Mittel der Politik“ akzeptiert werden, dann haben früher oder später **alle Menschen keine Privatsphäre mehr** und wird ein Klima der Angst und Unsicherheit im täglichen Leben entstehen, unter dem alle leiden werden. Man muß sich fragen, ob das von den noch immer unbekanntem Drahtziehern von „Ibiza-Gate“ gewollt war und „investigativer Journalismus“ dem - bewußt oder unbewußt - Vorschub leistet.

www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE 29. Jahrgang, Folge 4, Juni 2019,

ZulassungsNr. "02Z033544S" Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70516 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17.06.2019,

Spendenkonto: IBAN: AT36600000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Direkte Demokratie, Neutralität und Zuwanderungs-Stopp nur möglich bei Austritt aus der EU!

Diese Tatsache wird von allen derzeitigen Politikern immer verschwiegen und ist auch vielen Bürgern (noch) zu wenig bewußt. Denn bereits seit dem Maastricht-Vertrag von 1992 mit der Schaffung der „politischen Union“ gibt es in allen EU-Mitgliedstaaten in fast allen wichtigen Bereichen keine nationale Selbstbestimmung mehr, es entscheiden **nicht-gewählte** EU-Gremien (Kommissare, EU-Rat usw.). Ständig ist die Rede davon, ob man dieses oder jenes Notwendige überhaupt beschließen könne, da es gegen EU-Recht verstoßen würde. Die EU-Mitgliedschaft ist das größte Hindernis für die Einführung einer echten „Direkten Demokratie nach Schweizer Muster“ und auch der wahre Grund, warum wir sie noch nicht haben, obwohl fast 80 % der Österreicher sie befürworten.

Solange der oberste Grundsatz und die gesamte Zielsetzung der EU - „**EU-Recht geht vor Landesrecht**“ - bestehen bleibt, kann das zentrale Element der direkten Demokratie nicht verwirklicht werden, daß nämlich 100.000 Bürger eine Volksabstimmung zu wichtigen Sachfragen herbeiführen könnten, deren Ergebnis dann für Parlament und Regierung bindend ist. Den Schweizern ist das völlig bewußt; es ist einer der Hauptgründe, warum sie nicht Mitglied der EU sind. Direkte Demokratie und EU-Austritt - ÖXIT - können also nur **Hand in Hand** gehen und für beides braucht es einen entspr. **Gesetzesbeschluß im Parlament**. Dafür braucht es dort auch Abgeordnete, die dies immer wieder aufzeigen und einfordern. Deshalb haben wir uns nach langjähriger überparteilicher Basisarbeit nun dazu entschlossen, trotz aller Schwierigkeiten für eben dieses Parlament zu kandidieren.

Bis es soweit ist, daß eine (einfache) Mehrheit im Nationalrat eine **Volksbefragung** sowohl zur Einführung der direkten Demokratie als auch über den Austritt aus der EU beschließt, wollen wir bei einem Einzug ins Parlament zumindest darauf hinwirken, daß **vor** großen kommenden Entscheidungen auf EU-Ebene der Nationalrat eine Volksbefragung dazu beschließt. Nur damit kann sichergestellt werden, daß die auf EU-Ebene stimmberechtigten österreichischen Vertreter (der Bundeskanzler sowie der EU-Kommissar) dabei der Meinung des Volkes entsprechen. Denn zu diesem Zeitpunkt sind solche Entscheidungen **noch nicht** „EU-Recht“. Und diese **werden** - sogar voraussichtlich relativ rasch - kommen, vor allem im Finanz- und Sozialbereich.

**NEUTRALITÄT undenkbar
ohne staatliche SOUVERÄNITÄT!**

Eine wirkliche Neutralität - übrigens ebenfalls nach Schweizer Muster - ist innerhalb der EU nicht zu verwirklichen. **Eine** Parlamentspartei will sie ohnehin dezidiert

abschaffen (die von Haselsteiner, dem größten Bauunternehmer Österreichs, finanzierten NEOS), alle anderen tun so als wäre Österreich noch neutral. Was sie nie erwähnen: 25 der (noch) 28 EU-Mitgliedstaaten (darunter alle großen) sind gleichzeitig NATO-Mitglieder. **Die EU** wird daher völlig zurecht auch als „**politischer Arm der NATO**“ bezeichnet. Österreich ist auch schon vor Jahren der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten und Ex-Bundeskanzler/Ex-Außenminister Kurz unterzeichnete im November 2017 das sogenannte PESCO-Abkommen zur „Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ mit allen EU-Mitgliedstaaten **im militärischen Bereich**, das als weiterer Schritt in Richtung EU-Armee gilt, auf die hingearbeitet wird.

Im österreichischen Neutralitätsgesetz von 1955 hingegen wurde ausdrücklich die „immerwährende Neutralität“ beschlossen. Diesem verdanken wir den Abzug aller vier Besatzungsmächte nach dem zweiten Weltkrieg, wodurch Österreich nicht - wie Deutschland - jahrzehntelang geteilt wurde mit allen Folgen bis heute. Deshalb feiern wir jährlich den Tag der Beschlußfassung des Neutralitätsgesetzes, den 26. Oktober, ausdrücklich als Nationalfeiertag. Es lautet wörtlich:

„Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine **immerwährende Neutralität**. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.“

Die Neutralität **leben** kann nur ein Staat, der eine eigenständige Außenpolitik betreiben kann wie die Schweiz und nicht ein EU-Staat, der sich dem/der jeweiligen „Außenbeauftragten“ für die gesamte EU fügen muß.

EU auch Hauptmotor der Zuwanderung!

Auch das wird in der öffentlichen Diskussion meist ausgeklammert. Neben den „offenen Grenzen“ in der EU von Anfang an wurde der sogenannte „Außengrenzschutz“ nie ernsthaft betrieben, im Gegenteil. Es wurden zahlreiche EU-Abkommen zur Erleichterung der Migration auch aus außereuropäischen Kontinenten geschlossen, die auch Österreich binden. Zuletzt im Mai 2018 die sogenannte „Marrakesch-Deklaration“ zwischen 26 afrikanischen und 27 EU-Staaten. Nur Ungarn hat nicht unterzeichnet. Bei einem ÖXIT wären alle diese Abkommen für Österreich **nicht mehr gültig!**

